

FIDEF

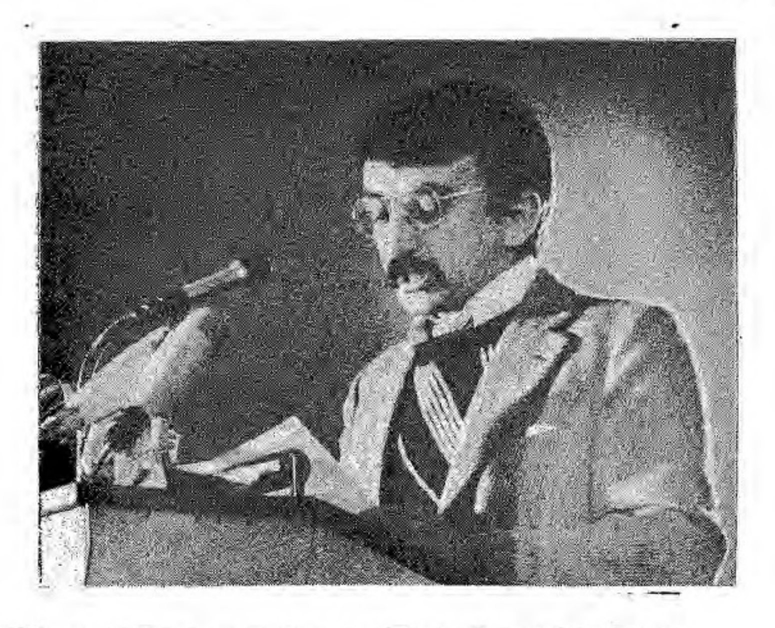
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 1 Februar 1977 **ZEITUNG DER FIDEF** Einzelpreis DM 1,-

TÜRKISCHER ARBEITERKONGRESS

26./27. Februar 1977 in DÜSSELDORF

Einleitungsreferat des Sprechers des Organisationskomitees



Zur Lage der türkischen Arbeiter in der BRD

Haydar Dikme

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Arbeiterdelegierte!
Verehrte Gäste!

Im Namen des Organisationskomitees - Türkischer Arbeiterkongress - möchte ich Sie herzlich begrüßen.

Vor allem möchte ich den Vorstandsvertreter der Republikanischen Volkspartei -CHP-, Herrn Senator Prof. Ugur Alacakaptan, und seinen Begleiter, Herrn Semih Eryildiz, jeweils Mitglied des Vorstandes, von Herzen willkommen heißen.

Ich möchte ausdrücklich das Hauptvorstandsmitglied des Progressiven Gewerkschaftsbundes in der Türkei -DISK-, Herrn Generalsekretär Mehmet Karaca, und seinen Begleiter, Herrn Hüseyin Yildiz, in tiefster Verbundenheit und Solidarität willkommen heißen.

Nicht zuletzt möchte ich auch den Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes, Herrn Karl-Heinz Bleich, willkommen heißen.
Wir bedanken uns bei all unseren Gästen, daß sie starkes Interesse an uns und unseren Problemen zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Arbeiterdelegierte, verehrte Gäste. Gegenwärtig leben in der BRD annähernd zwei Millionen ausländischer Arbeiter, darunter 53o.ooo aus der Türkei. Werden die Familienangehörigen dazugerechnet, so steigt die Zahl der Ausländer auf etwa 4,5 Millionen, darunter über eine Million aus der Türkei. Mit 27 % stellen wir die größte Emigrantengruppe unter den ausländischen Arbeitern in der BRD. Innerhalb der EG leben heute ca. 11 Millionen Ausländer. Unsere Zahl ist also höher als die Zahl mancher EG-Staaten, wie z.B. Belgien, die Niederlande u.a.
Wir leben zum überwiegenden Teil unter unvorstellbar schwierigen Verhältnissen. 6oo.ooo ausländische Arbeiter arbeiten innerhalb der EG illegal, darunter 1oo.ooo Türken in der BRD. Dabei sind die Familienangehörigen nicht mitgerechnet (Handelsblatt vom o4.11.1976).

Schon Anfang 1972, als die Anwerbung ausländischer Arbeiter auf vollen Touren lief, und die deutsche Wirtschaft wieder mal ihre "Hochkonjunktur" erklebte, stellte das Deutsche Industrieinstitut in einer Studie fest, daß "ohne zusätzliche ausländische Arbeitnehmer ... die deutsche Produktion geringer, der Export niedriger und der Handelsbilanzüberschuß folglich kleiner" gewesen wäre. Kurz darauf, im September 1973, erreichte die Zahl der ausländischen Arbeiter hierzulande ihre Höchstgrenze: 2,6 Millionen.

Ende des Jahres 1976, als die deutsche Wirtschaft immer noch ihre "Rezession" durchmachte, stand für das Institut der deutschen Wirtschaft fest, "daß wir (die Unternehmer) mit einer Sockelbeschäftigung von mindestens 1,6 Millionen ausländischer Arbeiter auch in Zukunft zu rechnen haben!"

Die über 2o-jährige Geschichte der ununterbrochenen Ausländerbeschäftigung in der BRD, nicht zuletzt die oben zitierten Feststellungen aus erster Hand seitens der Unternehmer, hat tausendmal unter Beweis gestellt, daß dieses Industrieland sowohl in seinem wirtschaftlichen "Aufschwung" als auch in seiner "Flaute" auf

die ausländischen Arbeiter nicht verzichten kann. Sie sind nicht nur eine Dauererscheinung geworden, sondern auch ein untrennbarer Bestandteil der hiesigen Gesellschaft, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, und werfen in diesem Land brennende Probleme auf, die bis jetzt leider auf ihre Lösung warten.

Also entsprechen die Losungen "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche", oder "Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg" - wie man offensichtlich sehen kann- nicht den Interessen der deutschen Wirtschaft. Sie dienen nur dazu, die Völkerverständigung, die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter zu untergraben und Völkerhetze zu betreiben.
Nicht selten lesen und hören wir, besonders ausdrucksvoll von Seiten der Unternehmer, daß Sie durch unsere hiesige Beschäftigung unseren Heimatländern "Devisenhilfe" leisten und bei der Entwicklung der Wirtschaft helfen würden. Nicht zuletzt sprechen sie im Brustton der tiefsten Überzeugung davon, daß sie dabei "humanitäre Ziele" befolgen.

Seit über zehn Jahren arbeiten wir in diesem Lande. Was ist inzwischen mit unserem Heimatland geschehen? Die Folge der sogenannten Devisenhilfe war eine Belebung des Konsums, aber gleichzeitig eine stürmische Geldabwertung und eine permanente Inflation. Der Wert der türkischen Lira ist in den letzten Jahren um mehrere hundert Prozent gefallen. Im Jahre 1973 überwiesen die türkischen Arbeiter 16 Milliarden türkische Lira in die Türkei, die 57,9 % der Ausgaben für Importe ermöglichten und somit zum erheblichen Teil wieder in die BRD flossen. Durch vorgebliche Hilfeleistungen bei der Entwicklung unserer Wirtschaft ist unser Land in eine ständig steigende Abhängigkeit von BRD-Unternehmen geraten. Im Außenhandel der Türkei steht die BRD mit 28 % vor den USA an der Spitze. Einerseits wurde die Armut, das Elend in unserer Heimat eine Massenerscheinung (gegenwärtig gibt es ca. 8 Millionen Arbeitslose). Andererseits wurden die Reichen immer reicher. Dagegen erreichte die BRD durch Anwerbung ausländischer Arbeiter ein beträchtliches "Gesamtwirtschaftliches Wachstum". Als Gründe dafür sind anzugeben:

- Die Erweiterung der industriellen Produktion und des Dienstleistungssektors war nur durch die zusätzliche Beschäftigung von ausländischen Arbeitern möglich.

- Nach der Berechnung muß die BRD mindestens 48.000 DM ausgeben, um einen 20-jährigen arbeitsfähigen einheimischen Menschen herbeizuschaffen. Die ausländischen Arbeiter sind dagegen eine Quelle billiger, besser gesagt: fast kostenloser Arbeitskräfte. Würden anstelle von zwei Millionen ausländischen Arbeitern Einheimische eingesetzt, so müßte die BRD-Regierung mindestens 90 Milliarden DM aufbringen.

- Wir, die ausländischen Arbeiter, verändern die ungünstige Alters- und Erwerbsstruktur in der BRD positiv. Schon vor dem Anwerbestopp durfte niemand angeworben werden, der über 45 Jahre alt war.

- Als Folge der Internationalisierung des Kapitals, der Produktion und des Arbeitsmarktes bekam auch die Arbeitskraft einen internationalen Charakter, d.h., sie wurde wie eine Ware exportiert und importiert. Diese Arbeitskräfte sind aber Menschen. Diese ausländischen Arbeiter sind mittlerweile zu einer internationalen Reservearmee geworden. Sie wurden und werden mit mannigfaltigen politischen und juristischen Maßnahmen belegt, und gewinnen dadurch eine regionale wie auch überregionale Beweglichkeit, in den Worten der Unternehmer "Mobilität" - für die Unternehmer ein großer Vorteil der Ausländerbeschäftigung.

- Wir ersetzen oft einheimische Arbeiter, die in günstigere Positionen abwandern.

- Die Ausländerbeschäftigung hat, wie die Unternehmer zu Recht behaupten, "stabilisierend auf Konjunktur und Preisentwicklung" gewirkt. Hinzu kommt, daß die Spareinlagen der türkischen Arbeiter bei den BRD-Banken in Höhe von ca. 5 Milliarden DM "konjunkturbelebend" eingesetzt werden.

- Wie das Industrieinstitut feststellt, würde ohne den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte "die Entwicklung der Löhne stärker zugunsten der ungelernten Arbeiter verlaufen."
Diese "ungelernten Arbeiter" sind selbstverständlich Deutsche.

Wie der CDU-MdB Hans Katzer in der monatlich erscheinenden Zeitschrift "Welt der Arbeit" des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Mai 1976 zugeben mußte:"Zahlen die Ausländer Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung wie die deutschen Arbeitnehmer, so haben Sie damit ein gleiches Anrecht auf staatliche Leistung erworben. Ihre Abgaben tragen nicht unerheblich zur Finanzierung unserer sozialen Sicherheit bei. Gäbe es die aus-



ländischen Arbeitnehmer nicht, dann wäre die kritische Lage der Sozialversicherung, in der sie sich heute befindet, noch schwerer wiegend. So bedeutet der Rückgang von ca. 600.000 Ausländern z.B. in der Rentenversicherung einen Beitragsaufall von über 2 Milliarden DM -einen Betrag, der angesichts der drohenden Entwicklung der Rentenfinanzen dringend benötigt wird. Von einer "unzumutbaren Belastung" durch die Gastarbeiter kann daher nicht die Rede sein."
Wie sieht es mit unseren Rechten aus?

AUSLÄNDERRECHT UND POLITISCHE RECHTE DER AUSLÄNDER

Vor dem Anwerbestopp erhielten wir eine Aufenthaltserlaubnis, die in der Regel für ein Jahr galt. Sie wurde vom Vorhandensein eines Arbeitsvertrages abhängig gemacht. Zunächst bekamen wir einen Arbeitsvertrag für die Dauer eines Jahres. Fehlte der Arbeitsvertrag, so mußten wir das Land verlassen (Ausl.Ges. § 12).
Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines ausländischen Arbeiters ist gegenwärtig 7 Jahre. 800.000 Ausländer arbeiten seit mindestens 10 Jahren hier. Obwohl uns nach dem Ausländergesetz (§ 5) eine Aufenthaltsberechtigung zusteht, weigern sich die Behörden, die zuzuerkennen. Nach den Statistiken der Ausländerbehörden in Bayern besitzen unter 615.000 Ausländern nur 742 eine Aufenthaltsberechtigung (Stand 1.1.72).

Am 1. April 1975 wurde im "freiheitlich-demokratischen" Deutschland der Zuzug ausländischer Arbeiter in die sogenannten Ballungsgebiete durch eine "Mitteilung" faktisch verboten -sozusagen "gründlich geordnet". Nach § 19 des AFG wird

die Erteilung der Arbeitserlaubnis von der "Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" abhängig gemacht. Die Erteilung der Arbeitserlaubnis kann nach der AEVO und nach einem Runderlaß vom 26.11.1973 "eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb" begrenzt werden. Aufgrund eines Schnellbriefes vom 13.1.1974 kann eine Arbeitserlaubnis versagt oder zurückgenommen werden, damit "Beschäftigungsmöglichkeiten deutscher und ausländischer arbeitserlaubnisfreier Arbeitnehmer - insbesondere aus EG-Staaten .... nicht beeinträchtigt werden". 65o.ooo ausländische Arbeiter sind mit Hilfe des § 19 des AFG seit November 1973 aus dem Arbeitsprozeß verdrängt worden. Diese beschämende Praxis wird in dem Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sogar noch gerühmt mit den Worten:"Durch diese Praxis soll ... eine möglichst arbeitsmarktnahe Steuerung der Ausländerbeschäftigung erreicht werden. Das ist vor allem in Rezessionszeiten von großer Bedeutung."

Der berühmte Gummi-Paragraph des Ausländergesetzes mit dem Nebensatz: "Wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der BRD beeinträchtigt", bedarf es keines Kommentars. Als Gründe für die Ausweisung eines Ausländers reichen z.B. nach der Rechtssprechung aus: die Verletzung der Straßenverkehrsvorschriften, die Tatsache, daß ein Ausländer ohne Arbeitserlaubnis arbeitet oder das Zusammenleben eines Ausländers mit einer deutschen Frau.

Das zur Zeit geltende Ausländerrecht garantiert keineswegs eine menschenwürdige Behandlung. Seit 1970 mußten 25o.ooo unserer Landsleute die BRD verlassen.

Wie das DGB klarstellt, "beruht das geltende Ausländerrecht in seiner historischen Ableitung auf dem Prinzip der bloßen Duldung. Hierbei steht im Vordergrund das ausländerbehördliche Ermessen. Geist und Anwendung des Ausländergesetzes haben insbesondere hinsichtlich der Arbeitserlaubnis, der Auflagenerteilung und der Ausweisung für die ausländischen Arbeitnehmer zu einer nicht länder hinnehmbaren tatsächlichen und rechtlichen Verunsicherung sowie zu erheblichen Nachteilen, auch unter Berücksichtigung deutscher Interessen geführt."

Gemäß der KSZE-Schlußakte von Helsinki jedoch "sollen die Wanderarbeiter die gleichen Möglichkeiten wie die Bürger der Gastländer haben. Im Falle der Arbeitslosigkeit anderweitig passende Beschäftigung zu finden."

Kommen wir auf unsere soziale Sicherheit und Rechte?

Mit allerlei Tricks versucht man, die Zahlung der Arbeitslosenhilfe zu umgehen. Die Annahme von Sozialhilfe wird als Ausweisungsgrund gewertet (Ausl.Ges. § 1o). Der Entzug der Arbeitserlaubnis hebt den materiell -sozialrechtlichen Schutz auf (z.B. Mutterschutzgesetz, Kündigungsschutzgesetz). Die Arbeitslosenhilfe wird des öfteren verweigert. Dies hat den Fortfall des Krankenversicherungsschutzes zur Folge.

Seit Januar 1976 wird für diejenigen unserer Kinder, die in der Heimat leben, ein geringerer Geldbetrag bezahlt. Dadurch hat die Bundesregierung eine Milliarde DM an Kindergeldzahlungen einsparen können.

Betrachten wir die Schulsituation unserer Kinder sowie unsere berufliche Fort- und Weiterbildung

In der BRD leben mindestens 35o.ooo türkische Kinder unter 16 Jahren. Eine ungeheuer große Zahl der schulpflichtigen Kinder ist nicht registriert worden. Über 80 % unserer Kinder müssen ohne Abschluß die Hauptschule verlassen. Über 95 % unserer Männer und 97 % unserer Frauen haben überhaupt gar keine Möglichkeit, sich beruflich fort- und weiterzubilden. Gerade durch unsere rechtliche und politische Stellung bleiben uns Ausbildungsmöglichkeiten verwehrt. Unsere Kinder werden nicht in das Schulsystem der BRD einbezogen. Gerade mit der rapide ansteigenden Zahl ausländischer Schulanfänger in den letzten Jahren wächst offensichtlich das Bedürfnis der deutschen Kulturverwaltungen, unter den verschiedensten Vorwänden segerierte Klassen zu schaffen, die für unsere Kinder nur eine Sackgasse sein können.

Zu den Folgen stellt der DGB fest: "Nachlässigkeit oder bloß formale Maßnahmen in der Durchsetzung der Schulpflicht für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer sowie fehlende, sinnvolle Bildungsangebote haben dem skandalösen Wiederaufleben der Kinderarbeit in der BRD Vorschub geleistet."

In den meisten Schulen werden nämlich aus den sogenannten Vorbereitungsklassen mehrjährige Nationalklassen mit fast ausschließlich muttersprachlichem Unterricht. Da die türkischen Lehrer in die deutsche Schule nicht voll integriert sind und die Dienstaufsicht durch die deutsche

Schulverwaltung nicht sichergestellt ist, geraten diese sogenannten Nationalklassen unter die Kontrolle bzw. den Einfluß der reaktionären, faschistischen türkischen Kreise in der BRD sowie in unserer Heimat.

Ein Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit verfügte im November 1974, daß den nach diesem Termin mit ihren Eltern zugezogenen ausländischen Jugendlichen kein Ausbildungsplatz zu vermitteln sei. Das Bundesministerium beziffert die Zahl der auf diese Weise mit Ausbildungsverbot belegten Jugendlichen auf 45.ooo; der DGB spricht von weit höheren Zahlen. Die Arbeitslosigkeitsquote unter den ausländischen Jugendlichen ist 50 % höher als bei einheimischen Jugendlichen. Die Kinderpolitik der BRD-Regierung steht eindeutig im Widerspruch zu der Erklärung der Kinderrechte, angenommen am 2o.11.1959 von der UNO.

Die Lage unserer Arbeiterfamilien, Frauen, Kinder - Familienzusammenführung

Der Familiennachzug eines ausländischen Arbeiters wird mindestens vom dreijährigen Aufenthalt des Ausländers und vom Vorweisen einer Wohnung abhängig gemacht. Die pro Person vorzuweisende Wohnungsfläche beträgt in Bayern für einen Ausländer 12 qm. Familiennachzug wird zur Zeit begrenzt auf Ehegatten und seine unter 21 Jahre alten Kinder. Für fast 2o Städte wurde für die ausländischen Arbeiter Zuzugssperre verhängt und damit das Recht auf Familiennachzug faktisch außer Kraft gesetzt. In der BRD arbeiten 7o6.ooo Arbeiterinnen, darunter 13o.ooo Türkinnen. Über 7o % davon sind Analphabeten.

Unsere miserable Wohnsituation

Wir zahlen 4o % mehr Miete als die einheimische Bevölkerung. Von den Wohnungen, in denen Ausländer leben, haben z.B. in NRW 35 % keine Küche, 68 % keine Toilette, 84 % kein Bad. Die durchschnittliche Größe der Wohnfläche beträgt bei den Ausländern 38 qm, bei den Einheimischen 6o,1 qm. 85 % der ausländischen Familien wohnen in Altbauwohnungen, darunter 2o % in Kellern, Baracken und dergleichen.

Gesundheit

Zwischen 1968 und 1973 starben 5.26o türkische Arbeiter. Die Hälfte davon hat bei Arbeitsunfällen, Selbstmorden und Verbrechen den Tod gefunden. 5o % der Todesfälle werden als "normal" begründet. Jedem ist bekannt, daß wir nach einer peinlich gründlichen ärztlichen Untersuchung im jüngsten Alter angeworben und in die BRD gebracht werden. Daß diese Menschen nach einigen Jahren auf dem "normalen" Wege den Tod finden, ist als Folge der unvorstellbaren Arbeitshetze, schwierigen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen zu sehen. Gerade deswegen ist die Unfallhäufigkeit unter den ausländischen Arbeitern zweimal mehr als bei den Einheimischen.

Kultur, Freizeit und Sport

Man kann sagen, daß in dieser Hinsicht fast nichts unternommen wird. Angebote im kulturellen Leben, Freizeitgestaltung und sportliche Tätigkeit sind völlig unausreichend.

Unsere rechtlosen Brüder

Innerhalb der EG, vor allem in der BRD, wurde dem illegalen Menschenhandel Tür und Tor geöffnet. Hierzulande sind fast 1oo.ooo unserer Landsleute sogenannte illegale Arbeiter, haben keine sozialen und juristischen Rechte, sind der Unternehmerwillkür ausgeliefert und in den Händen der Unternehmer zum Sklavendasein verurteilt.

Zu dieser unerträglichen Lage kommen noch die Aktivitäten der neo-faschistischen "Partei der nationalistischen Bewegung" - MHP - in der BRD hinzu, obwohl ihre hiesige Organisierung vom obersten türkischen Verfassungsgericht verboten wurde. Die sogenannte Jugendorganisation der MHP, die paramilitärisch organisierten Kommandotrupps, die "Grauen Wölfe", üben gegen die fortschrittlichen, demokratisch gesinnten Arbeiter und ihre Vereine Terroranschläge aus und versuchen, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren. Diese Kreise agitieren im Bunde mit den gleichgesinnten Kräften in der BRD gegen die DGB-Gewerkschaften, für Völkerhetze, nationalistische, rassistische Spalteraktionen und sind damit Anstifter von Unruhen unter unseren Landsleuten, sowie auch unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen. Damit begnügen sie sich nicht. Sie versuchen auch unseren Widerstand gegen diese unerträgliche Lage, die uns aufgezwungen wurde, von ihren wirklichen Zielen abzulenken, unsere Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen.

Am 12. November 1976 inszenierten die gewerkschaftsfeindlichen Kräfte unter der Schirmherrschaft einer auch in der BRD erscheinenden reaktionären Boulevard-Zeitung in Ankara einen sogenannten Arbeiterkongress, der sich angeblich mit den Problemen der im Ausland tätigen Türken beschäftigen sollte. Die bekanntesten Neofaschisten und Gewerkschaftsfeinde wurden als "Arbei-

tervertreter" nach Ankara delegiert. Dieses so in Eile inszenierte Spiel sollte dem heute angefangenen Arbeiterkongress zuvorkommen, der von uns, den Betroffenen selbst, wie unsere Feinde und Freunde feststellen, erfolgreich durchgeführt wird. Der genannte Kongress in Ankara sollte die große Masse der türkischen Arbeiter vom heutigen Kongress ablenken. Er hat sich inzwischen als Sammelbecken der gewerkschaftsfeindlichen, reaktionären, rassistischen Kräfte entpuppt.

All diese Ausführungen zeigen, daß unsere rechtliche, soziale, juristische und politische Lage unerträglich geworden ist. Wenn wir die neuerlichen Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe dazurechnen, die eine Vertiefung der Benachteiligung der ausländischen Arbeiter bedeuten, und die Integration der Ausländer strikt ablehnen, können wir sagen, daß keine ruhigen Tage auf uns warten.

Die Maßnahmen der zuständigen Behörden, nicht zuletzt der Bundesregierung, stehen eindeutig im Widerspruch zur Schlußakte von Helsinki, ferner zu den Beschlüssen der 6. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, IAO, von 1975, sowie der Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz der BRD.

Uns ist bewußt, daß die Lösung unserer Probleme unmittelbar mit den gesellschaftlichen Problemen in der BRD und ihrer Bewältigung verbunden sind, daß wir ein untrennbarer Bestandteil hiesiger Arbeiterschaft sind. Darum ist es notwendig, eine echte politische und soziale Integration der ausländischen Arbeiter herbeizuführen.

Es ist höchste Zeit, unverzüglich mit der sozialen Integration der ausländischen Arbeiter ernsthaft zu beginnen. Soziale Integration im Sinne sozialer, rechtlicher und politischer Gleichstellung, Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung für eigene Belange, ebenso die Notwendigkeit, die sprachliche und kulturelle Eigentümlichkeit der Ausländer zu wahren, macht folgerichtig eine aktive und intensive Teilnahme der ausländischen Arbeiter an diesem Prozeß erforderlich. In dem Bewußtsein, daß solch eine soziale Integration gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für die Reintegration bei der Rückkehr in die Heimat ist, haben wir uns entschlossen, mit Hilfe dieses Arbeiterkongresses, zur Einheit aller regionalen Vereine voranzuschreiten.
Das Ziel dieses Kongresses besteht vor allem darin, alle regionalen Vereine in einen gewerkschaftlich-orientierten, sozial-kulturellen Dachverband zu vereinigen.

Solch ein Einheitsverband ist aus folgenden Gründen notwendig:

1. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß
   a) spontan von Seiten der Arbeiter, begründet in ihrer sozial-politischen Lage, zahlreiche regionale Arbeitervereine gegründet
   b) bewußt von Seiten der finsteren Reaktion wiederum zahlreiche Vereine angestiftet werden.

Die Arbeitervereine, die wie Pilze aus dem Boden schlagen, beeinflussen tatsächlich zehntausende von Arbeitern.

2. Die gewerkschaftsfeindlichen Kräfte sind permanent bestrebt, die Arbeitervereine unter ihre Kontrolle zu bringen, sie für ihre dunklen politischen Ziele auszunutzen. So können sie gleichzeitig das Bewußtsein der Arbeiter torpedieren.

Tatsache ist dagegen, daß kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter diesen Zustand unbekümmert hinnehmen darf.

Gerade durch die konsequent gewerkschaftliche Haltung der Arbeitervereine und ihrer Mitglieder ist dieser Kongress zustande gekommen. Was soll das für eine Organisation werden, die im Rahmen dieses Kongresses gegründet werden soll?

1. Ein Einheitsverband, der zugleich eine Brücke sein soll, um spezifisch türkische und spezifisch deutsche Bewußtseinsinhalte, Lebensweisen und Mentalität einander anzunähern, anders ausgedrückt: als ein sozial-kultureller Dachverband.

2. Dieser Einheitsverband soll keine Gewerkschaft und kein Gewerkschaftsersatz sein. Er ist gewerkschaftlich orientiert. Er führt keine ökonomische Tätigkeit durch, soll aber auch nicht vom gewerkschaftlichen Kampf ablenken.

3. Dieser Einheitsverband ist parteilich im Sinne der türkischen Arbeiter und darüberhinaus der Interessen aller Arbeitenden, aber er ist nicht parteigebunden.

4. Dieser Einheitsverband wird allen gewerkschaftsfeindlichen Tätigkeiten Einhalt gebieten, ihnen die gebührende Absage zu jeder Zeit erteilen.



5. Dieser Einheitsverband soll mit allen gewerkschaftlich orientierten Organisationen und Einrichtungen Kontakte anknüpfen und die Solidarität derer mit Freude entgegennehmen, die sich für die Interessen der ausländischen Arbeiter einsetzen. Er wird an alle kommunalen Institutionen, an die politischen Parteien, an die Bundes- und Länderregierungen und -ministerien herantreten und konkrete Vorschläge hinsichtlich der Ausländerfragen machen.

Mit Hilfe dieses Einheitsverbandes werden wir in die Lage versetzt, für unsere Belange mit anderen ausländischen Interessenorganisationen sowie mit unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen und ihren Organisationen Schulter an Schulter aktiv einzutreten. Dazu brauchen wir die tatkräftige Hilfe unserer deutschen Kolleginnen und Kollegen. Denn: unsere Probleme sind die gleichen und können nicht getrennt voneinander gelöst werden.

Von den oben geschilderten unhaltbaren Bedingungen ausgehend stellen wir folgende Forderungen auf:

- Für das Recht ausländischer Arbeiter auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten.

- Für das Recht des Einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und seines Aufenthaltes in der BRD selbst zu bestimmen.

- Die illegal angeworbenen ausländischen Arbeiter sind durch Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu legalisieren. Anwerber, Vermittler und Unternehmer, die die illegale Anwerbung betreiben, sind empfindlich zu bestrafen.

- Weiterhin fordern wir für alle ausländischen Arbeiter in der BRD das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler- und Landesebene.

Weiterhin unterstützen wir die "Stellungnahme und Forderungen des DGB zum Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer vom 7. Mai 1973", die "Empfehlungen über Maßnahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung für ausländische Arbeitnehmer" vom 3. September 1974, sowie die auf dem Essener Kongress der GEW vom 12. Mai 1976 erhobenen Forderungen zur Situation der Ausländerkinder in den Schulen der BRD (s. Dokumentation des Kongresses, S. 124 - 126).

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit und wünsche Unserem Kongress einen erfolgreichen Verlauf!

AUSZÜGE AUS DER TONBAND-ANSPRACHE DES VORSITZENDEN DER REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI (CHP) ECEVIT AN DEN ARBEITERKONGRESS

Meine lieben Bürger,
geehrte Arbeiterbrüder!

...

Das große Interesse unserer im Ausland lebenden Arbeiter, Studenten und vieler Bürger, die in verschiedenen Bereichen arbeiten, an unseren gesellschaftlichen Problemen und ihre Bereitschaft, mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bei der Aufrechterhaltung der freiheitlichen Demokratie und der Weiterentwicklung unseres Landes unter solchem Regime beizutragen, bereitet uns Freude.

Diejenigen, die in der Türkei die Demokratie untergraben, die Ausbeutung weiterführen wollen, den Einfluß der Industrialisierung sowie der gesellschaftlichen Entwicklung auf das Denken und die politischen Tendenzen verhindern wollen; diejenigen, die verhindern wollen, daß neue gesellschaftliche Kräfte ihr Gewicht in der Politik zur Geltung bringen, geben ihren letzten Kampf. Deswegen verwandeln sie die Türkei in ein Land der politischen Morde. Unsere getöteten Jungen, Kinder und noch weitere Bürger sind Gefallene für Demokratie, Freiheit und für das Recht um ein menschenwürdiges Leben in unserem Lande. ...

Meine lieben Bürger!
Dieses Jahr ist das Jahr der Wahlen, das Jahr der Hoffnung. Jeder, der das Wohl und die Freiheit unseres Volkes und eine menschenwürdige und gerechte Ordnung will, muß, wo er auch auf der Welt sein mag, für die Verwirklichung dieser Hoffnung, die in den Wahlen des Jahres 1977 gesteckt ist, alles in seiner Macht stehende tun, den demokratischen Spielregeln und freiheitlichen Methoden entsprechend. Gegen die sich vereinigten ausbeuterischen Kreise und ihren poltischen Vertretern muß das Volk als eine untrennbare Einheit auftreten. Dann kann überhaupt keine Macht vor der Kraft des Volkes standhalten. ...



Die Wahlen des Jahres 1977 nähern sich, die für die türkische Demokratie und die Entwicklung der Türkei einen Wendepunkt sind. Die Wahlen werden am 9. Oktober stattfinden; vielleicht werden sie vorverlegt. Aber das Wahlrecht wird den im Ausland lebenden Arbeitern und anderen unserer Bürger verwehrt. ...

Die türkische Ökonomie kann Dank eurer Devisen, die ihr von eurem Schweiß gespart und in die Türkei geschickt habt, seit Jahren auf den Beinen stehen. Denjenigen, die mit diesen Devisen industrielle Grundsteinlegungen vortäuschen oder die das Volk ausbeutende eine Hand voll Vermittler, Schwarzhändler und Wucherer noch reicher machen und deswegen die Entwicklung der Türkei, die Industrialisierung verhindern, können Sie mit ihren Stimmen EINHALT gebieten.

In der Politik und in der Regierung können sie mit ihren Stimmen ihr Gewicht zur Geltung bringen und so den Einfluß unseres Volkes in der Politik verstärken. Mit ihren Stimmen können sie einer Regierung zur Macht verhelfen, die die schulische Erziehung unserer Kinder im Ausland und ihre Zukunft garantiert, die Lücken in der sozialen Sicherheit schließt, euch eine glückliche Lebensmöglichkeit vorbereitet.

Euch und eurem näheren Kreis wünsche ich Glück, Wohlergehen und Erfolg. Ich schicke euch aus der Türkei Liebe, Achtung und Hoffnung.

AUSZÜGE aus der
GRUßANSPRACHE DES GENERALSEKRETERS DES DISK, KOLLEGEN MEHMET KARACA, AN DEN ARBEITERKONGRESS



Wehrte Kollegen!

Die allgemeine und strukturelle Krise des kapitalistischen Systems führt sich verschärfend fort. Die von den bürgerlichen Wirtschaftlern und Denkern vorbereiteten Pläne finden für die Krise keine Lösung. Denn, die Katastrophen wie Arbeitslos'gkeit, Teuerung und Inflation haben ihren Ursprung im inneren Mechanismus des Kapitals. Kapitalismus und Krise sind adäquat (gleichwertig). Wo der Kapitalismus existiert, da gibt es Krise - wo es Krise gibt, da existiert der Kapitalismus. ...

Aufgrund dieser Abhängigkeit hat die Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems die Türkei noch stärker betroffen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat die 3 Millionen-Grenze erreicht. Lebensunterhaltungskosten erhöhen sich permanent. 70 % der Einkommenssteuerlasten werden auf die Rücken der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewälzt. Die Erhöhung der Ausbeutung und der Preise übertreffen die Lohnerhöhungen, die durch den gewerkschaftlichen Kampf errungen wurden. Die Monopolbourgeoisie, die unter dem Deckmantel nationale Entwicklung, die Wirtschaft vom Export abhängig gemacht hat, hat ein Außenhandelsdifizit von 5o Milliarden Türkische Lira gebracht. ...

Aber jetzt stellen sich Millionen von Werktätigen, an erster Stelle die Arbeiterklasse, gegen diesen Umstand, der einer Handvoll Geldbossen grenzenlosen Profit, unserem Volk aber Elend und Verarmung bringt. Sie organisieren sich und kämpfen dagegen. ...

Der Kampf zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten verschärft sich fortführend. Unsere Arbeiterklasse, besonders der Teil, der innerhalb des DISK organisiert ist und die breite werktätige Masse sieht keine Möglichke't in dieser verdorbenen kapitalistischen Ordnung für ein menschenwürdiges und freiheitliches Leben. ...

Die breiten Schichten begreifen bereits die Einheit des ökonomischen mit dem politischen, d.h. des Kampfes für die Veränderung dieser Ordnung. DISK organisiert sich, weil DISK diese Tatsachen zeigt, weil DISK für eine Ordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpft. Aus diesem Grunde befindet sich Türk-Is in einem schnellen Verfall, da sie die Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital verteidigt und sich auf die Seite der Nationalistischen Front, MC, stellt. Gerade aus diesem Grund haben hunderttausende von Arbeitern, Werktätigen und Intelektuellen dem Aufruf des DISK Folge geleistet und sich trotz des 51jährigen Verbotes zum 1. Mai 1976 auf dem Taksim-Platz zusammengefunden. ...

In der heutigen Periode verschärfen sich die Angriffe der Monopolbourgeoisie, der MC, und aller reaktionär-faschistischen Kräfte. Diese Kräfte wollen in unserem Land ein offenes Terrorregime, mit oder ohne Parlament, eine faschistische Struktur neuer Art aufbauen. ...

DISK kämpft für die Beseitigung der Gefahr des Faschismus. Die erste und aktuellste Aufgabe dieses Kampfes ist die Gewährleistung demokratischer Durchführung der Wahlen und Betätigung für die Bil-

dung einer fortschrittlich-demokratischen Regierung. ...

DISK wird seinen Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten bis zu Ende führen. An erster Stelle der Forderungen steht:

Annulierung des Verbots der politischen Organisierung unserer Arbeiterklasse; Annulierung der Gesetzesparagraphen Nr. 141 und 142 sowie aller anti-demokratischen Gesetze und Gesetzesparagraphen; Verbot der Aussperrung; Zuerkennung des allgemeinen Streikrechts; Legitimierung des Rechts auf Referandum; Zuerkennung der streik-/tarifrechtlichen Organisierung aller arbeitenden Menschen; Verbot der MHP und der Idealistenvereine sowie Auflösung aller faschistischen Netze; Verhaftung der faschistischen Mörder und ihre Bestrafung zusammen mit den Folterern; Säuberung des Staatsapparates von den Faschisten. Kurzum wollen wir die Demokratisierung unserer ganzen Gesellschaft. ...

Hunderttausende unserer Arbeiter sahen den Befreiungsweg durch die Türen, die zum Ausland geöffnet sind, um menschenwürdigere Bedingungen zu haben, um ihre Zukunft zu sichern. ...

Die Arbeitskraftwanderung hat ihren Ursprung in der Ökonomie, sowohl von der Sicht des Anwerbe- und Absendelandes, als auch von der Sicht der Arbeiter. ...

In den letzten Jahren hat sich aufgrund der Verschärfung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems in den Ländern, wo unsere Arbeiter sind, auch der diskriminierende Charakter der Ausländerpolitik der herrschenden Kräfte dieser Länder sich völlig offenbart. Mit der Verschärfung der Krise hat sich die Ungerechtigkeit und Benachteiligung der Wanderarbeiter vertieft. ...

In dieser Krisenperiode befinden sich die Wanderarbeiter unter noch schwierigeren Bedingungen. Die Regierungen Westeuropas, die sich auf die Seite des Monopolkapitals stellen, sind im Versuch, unter dem Vorwand "den einheimischen Arbeiter zu bevorzugen" die Wanderarbeiter zurückzuschicken, die seit Jahren mit den einheimischen Werktätigen die gleichen Steuerlasten tragen, die gleichen Prämien zahlen. In den letzten 1 1/2 Jahren hat die Zahl der aus der Bundesrepublik in die Türkei entgültig zurückgekehrten Arbeiter 150.000 übertroffen. ...

Die Propaganda darüber wird entfaltet, daß die Gründe für die Arbeitslosigkeit die Wanderarbeiter wären. Die spalterischen, rassistischen, wanderarbeiterfeindlichen Ansichten werden dadurch gefördert. Diese Diskriminierung ist gegen die Interessen aller Arbeiter, ob einheimische oder ausländische, gerichtet. In den 9 Mitgliedsstaaten der EG, der Monopole Europas, beträgt die durchschnittliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit 52,4 %. Die wirkliche demokratische Umwälzung, d.h. die Arbeitslosigkeit und Inflation in diesen Ländern mit Stumpf und Stil zu vertilgen, kann nur durch den einheitlichen und solidarischen Kampf der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Die Zahl der Wanderarbeiter in den Ländern wie die Bundesrepublik und Frankreich erreicht Millionen. Solange die einheitliche Beteiligung dieser Massen am Klassenkampf, der Stellungnahme in diesem gemeinsamen Kampf für ein menschenwürdiges Leben nicht verwirklicht ist, können langlebige Erfolge nicht erzielt werden. Die einheimischen und ausländischen Arbeiter werden von den gleichen Bonzen ausgebeutet. Gegen den gleichen Feind muß der gemeinsame Kampf in allen Ebenen durchgeführt werden. ...

Unsere Wanderarbeiterbrüder müssen sich in den gewerkschaftlichen Organisationen der Länder, in denen sie arbeiten, noch besser und noch massenhafter organisieren. Jeden Versuch, der unsere gewerkschaftliche Organisierung sabotiert, müssen wir zerschlagen. Die anderen demokratischen Massenorganisationen der Wanderarbeiter müssen bei diesem Punkt hellhörig sein - der Entwicklung der demokratischen gewerkschaftlichen Klassen- und Massen-Bewegung beitragen.
Wehrte Kollegen!
Ich nehme an, daß viele von Euch die Veröffentlichung "Wanderarbeiterfrage" gelesen hat, in dem DISK seine Ansich-

ten, Forderungen und Kampf darlegt.
Vor kurzer Zeit wurde in der Türkei ein "Arbeiterkongress" inziniert. Ich sage inzeniert, denn die Initiatoren waren die nationalistische Frontregierung, MC, die Arbeitgeberseite, Türk-Is und die reaktionäre Presse. Wiederum folgten die Versprechungen aufeinander. Solche Worte wurden geschrieben: "Ich sage, nur noch 3 Monate ... Sie werden sehen, der türkische Arbeiter wird ein neuer Mensch in Europa, gerade stehend, ohne Sorgen." Aber, die Initiatoren dieses sogenannten Arbeiterkongresses haben eines vergessen. Unsere in Europa arbeitenden Brüder, die unter der maßlosen Ausbeutung leiden, aber schnell bewußt werden und sich organisieren, haben die Periode längst überwunden, sich von solch sentimentalen Wörtern und Versprechungen täuschen zu lassen. Sie sehen die Wirklichkeit bereits klar - sie begreifen, daß ihre Befreiung über den Kampf in ihren eigenen Organisationen zu erreichen ist. Ihren eigenen Kongress organisieren sie selbst.

Wehrte Kollegen!
Wir hoffen, daß ihr auf eurem Arbeiterkongress die Forderungen der in der Bundesrepublik arbeitenden Arbeiter aus der Türkei in einem Katalog konkret beschließen werdet. DISK hat öfters seine diesbezüglichen Forderungen betont. In der jetzigen Etappe gewinnt die eine Forderung, unter denen die an die Türkei gerichtet sind, an Gewicht und Aktualität: die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts. ...

Auf dem Wege zur Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden, sozialen Fortschritt und Sozialismus wünsche ich eurer Arbeit, hinsichtlich der Rechte und Interessen, der Klassenbewußtwerdung unserer im Ausland lebenden Arbeiter, gegen Diskriminierung und Benachteiligung, viel Erfolg.

Beschlüsse Nr.1 und 2 des Kongresses

PROGRAMM und SATZUNG

DER FIDEF

ERSCHEINEN IN KÜRZE

Beschluß Nr. 3 des Kongresses

OFFENER BRIEF

An die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
z. H. des Bundeskanzlers Herrn Helmut Schmidt

In tiefer Sorge um die demokratischen Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland protestieren wir gegen die unwürdigen Bedingungen, unter denen in diesem Lande Millionen ausländische Arbeiter leben müssen. Uns ausländischen Arbeitern und unseren Familienangehörigen, die wir ein erheblicher Teil der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik sind, werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten.

Wir fordern:
Einräumung des Menschenrechts auf Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik. Die "Zuzugsbeschränkung für ausländische Arbeitnehmer in Ballungsgebiete" vom 1. April 1975 bedeutet eine wesentliche Einschränkung dieses Grundrechts.

Wir fordern:
Gewährung des Menschenrechts auf Familienzusammenführung. Unter dem Vorwand des Anwerbestopps wird Angehörigen ausländischer Arbeiter, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben, die Ausbildung und Arbeitsaufnahme verweigert. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile bedeuten eine drastische Einschränkung des Grundrechts auf Zusammenleben der Familien.

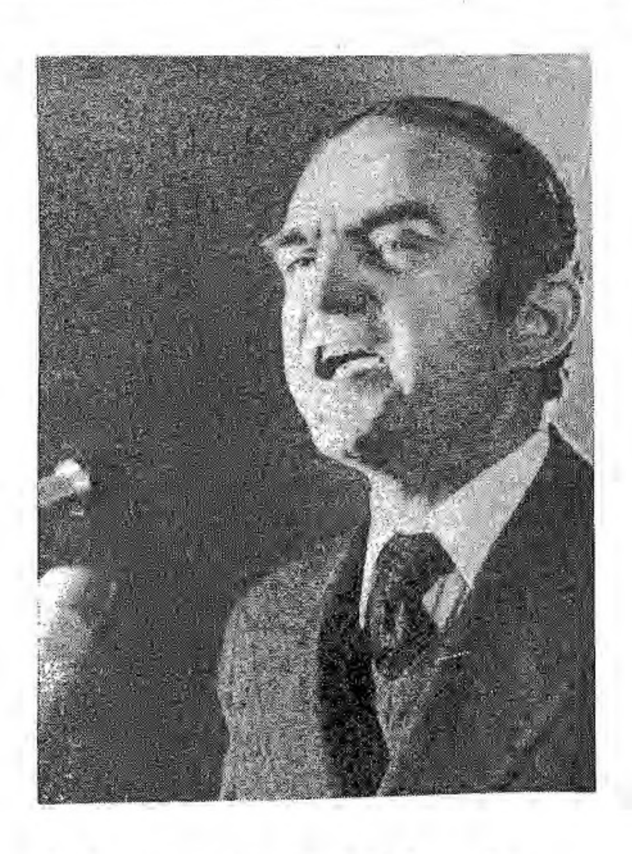
Wir fordern:
Gewährung des Menschenrechts auf Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung. Auf Anweisung der Bundesregierung werden ausländische Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung benachteiligt. Sie stehen unter der ständigen Drohung, daß ihnen die Arbeitserlaubnis entzogen oder nicht verlängert wird. Diese Praxis bedeutet eine erhebliche Einschränkung wesentlicher Grundrechte.

Wir fordern:
Gewährung des Menschenrechts auf soziale Sicherung und Gleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, im Alter und bei Notfällen. Dieses Grundrecht wird durch das Ausländergesetz und eine reaktionäre Rechtsprechung erheblich eingeschränkt. Es ist ein Gebot der Humanität und der Demokratie, daß die Bundesregierung, die sich feierlich zu den Prinzipien der UN-Charta der Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki bekannt hat, diesen wichtigen Bürgerrechten in der Bundesrepublik Deutschland endlich volle Geltung verschafft.

Einstimmig beschlossen von 530 Arbeiterdelegierten aus 119 regionalen Arbeitervereinen.

Düsseldorf, 26./27. Febr. 1977

AUSZÜGE aus der
GRUßANSPRACHE DES HAUPT-
VORSTANDSMITGLIEDES DER
REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI
PROF. UGUR ALACAKAPTAN



...
Die Probleme des türkischen Arbeiters in der Türkei und hier sind miteinander verbunden. Unsere Arbeiter in der Bundesrepublik, Holland und Frankreich und unser Volk in der Türkei dürfen sich nicht voneinander entfremden. Unseren im Ausland lebenden Arbeitern wurde nicht das Recht zuerkannt , an dem politischen Leben in der Türkei ihr Gewicht zur Geltung zu bringen. In der Bundesrepublik sind mindestens 1 Million Türken. Jedoch weiß die Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte ganz genau daß, wenn unseren Arbeitern das Wahlrecht zuerkannt wird, gerade diese unsere Arbeiter, diesen Kräften nicht gedenken werden. ...

Die Feststellung der gemeinsamen Probleme der in der Bundesrepublik arbeitenden Türken, die Entschlossenheit für die Bestimmung der gemeinsamen und wirksamen Lösungswege dieser Probleme ist hinsichtlich der Interessen unserer werktätigen Brüder eine positive und wichtige Entscheidung. ...
Dieser Kongress ist ein Kongress, auf dem die Probleme unserer in Europa arbeitenden Arbeiter artikuliert werden, über die Schwierigkeiten, denen sie begegnen und über deren Lösung diskutiert wird. ...

— — — —

AUSZÜGE aus der
GRUßANSPRACHE DES VERTRETERS
VOM WELTGEWERKSCHAFTSBUND
KARLHEINZ BLEICH

Ich möchte Ihnen zunächst herzlich für die Einladung zu Ihrem Arbeiterkongreß danken und Ihnen die Grüße des Weltgewerkschaftsbundes entbieten.

In einer Zeit, wo das Fieber der allgemeinen Krise die kapitalistischen Länder Europas und der Welt ständig durchschüttelt; mal mehr und mal weniger.
Wo die Auswirkungen der Krise die Lebensbedingungen der Arbeiter in diesen Ländern zutiefst negativ beeinflussen, die Werktätigen mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit leben müssen und sie und ihre Familien zuerst und am stärksten Inflation und Preisauftrieb spüren, ist es selbstverständlich und richtig, wenn sich die Arbeiter in ihren Organisationen zusammenfinden um das Errungene zu verteidigen und neu herangereifte, berechtigte Forderungen zu diskutieren und zu formulieren. ...

In einer Reihe kapitalistischer Länder, an ihrer Spitze die Bundesrepublik Deutschland, ist die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu einem ständigen Bestandteil der eigenen Wirtschaft geworden. ...

Die Realität erfordert eine volle Integration der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien in das gesellschaftliche Leben des Landes, für dessen Wirtschaft sie ihre Arbeitskraft einsetzen. ...

Die Kapitalisten und die Monopole fördern Ein- und Auswanderungen, um billige Arbeitskräfte - eine billige, schutzlose menschliche Ware - zu erhalten. Für die Kapitalisten sind die ausländischen Arbeiter die



billigste Arbeitskraft um den Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt zu verstärken und die Einheit der Arbeiterklasse zu spalten, um sich einen hohen Profit zu sichern. ...

Der Weltgewerkschaftsbund, in dessen Reihen 16o Millionen Gewerkschaftler aus über 60 sozialistischen, kapitalistischen und Entwicklungsländern sowie aus 11 internationalen Berufsvereinigungen organisiert sind, sieht in den ausländischen Arbeitern enge Verbündete im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. ...

Wir wünschen Euch für Euren Kongreß und für Euren weiteren Kampf einen vollen Erfolg und sind gewiß, daß all unsere Aktionen, die sich einordnen in die Sicherung des Friedens, den Ausbau der Entspannung auf dem europäischen Kontinent, dem Wohl der Arbeiter und ihrer Familien dienen.

PROGRESSIVER GEWERKSCHAFTSBUND DER TÜRKEI - DISK -

Solidarität mit DISK!

Beschluß Nr. 4 des Kongresses

ZUR UNTERSTÜTZUNG DER REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI BEI DEN KOMMENDEN PARLAMENTSWAHLEN

Das Jahr 1977 ist in unserer Heimat das Jahr der allgemeinen Wahlen. Die nationalistische Frontregierung, MC, plant in einem Klima des blutigen Terrors in die Wahlen zu gehen, um die Durchführung demokratischer Wahlen und freiheitliche Gewissensentscheidungen unseres Volkes zu verhindern.

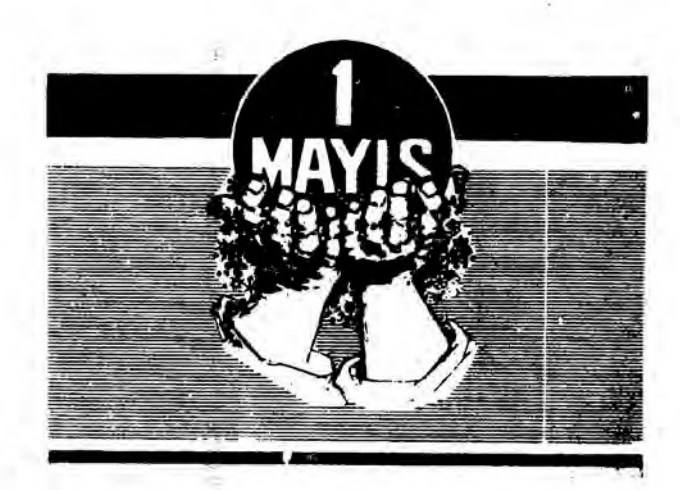
Die Aufgabe aller patriotisch demokratischen Kräfte besteht darin, die blutigen Pläne der MC-Regierung - der Faschisten - zum Scheitern zu bringen, durch die Verhinderung der Angriffe der Kommandos und ihrer Überfälle, die Sicherheit der Wahlurnen zu gewährleisten, um somit die demokratische Durchführung der Wahlen zu sichern. Nur durch Massenaktionen sowie durch parlamentarischen Kampf auf demokratischem Wege wird es gelingen, die MC-Regierung abzulösen und stattdessen eine Regierung an die Macht zu bringen, die aus fortschrittlich patriotischen Personen besteht, die gegen Terror und Faschismus sind.

Der Arbeiterkongress der in Europa lebenden Türken, der am 26./27. Febr. 1977 in Düsseldorf stattfindet, beschließt, in den kommenden Wahlen die Republikanische Volkspartei, CHP, zu unterstützen, um die Regierung der Faschisten, Kolaborateure des Imperialismus und der Reaktionäre zu verhindern, die demokratischen Errungenschaften auf dem Wege zur fortschrittlichen Demokratie zu schützen, um die Verbote und Hindernisse auf dem Wege zur freien politischen Organisierung unserer Arbeiterschaft zu beseitigen.

Der Kongress beschließt die Durchführung einer weitangelegten Kampagne, damit unsere in Europa tätigen Arbeiter massenhaft sich in der Türkei an den Wahlen beteiligen.

Einstimmig beschlossen von 530 Arbeiterdelegierten aus 119 regionalen Arbeitervereinen.

Düsseldorf, 26./27. Febr. 1977







PRESSESPIEGEL

Der Marsch aus der 2. Klasse

Die türkischen Gastarbeiter formieren sich **Von Rosemarie Bölts**

Deutsche Zeitung "Christ u. Welt" 4.3.1977

Nation im Troß

Remscheid kommt immer mit Familie", lacht Arzu, als sie den vollbepackten Clan in der Tür erscheinen sieht. Es herrscht Aufbruchstimmung an diesem Wochenende in der alten Düsseldorfer Mensa. 107 türkische Arbeitervereine in der Bundesrepublik haben zu ihrem ersten Kongreß gerufen. Mit 400 Teilnehmern hatte man gerechnet. Aber so sind die Türken nun einmal: Ihre Probleme sind immer zugleich auch die der Familie, so daß sich schließlich weit über tausend Menschen einfanden.

Freunde aus dem Ausland stießen hinzu, Gäste und Sympathisanten. Der viel zu kleine Saal war rasch vernebelt vom Rauch der Zigaretten. Aber niemand fiel um in dieser dicken Luft. Für die Arbeiter und Studenten, für die Frauen und auch für ein paar Kinder kam es am vergangenen Wochenende darauf an, Standfestigkeit zu beweisen. „Wir sind Arbeiter, wir sind kräftig!" Immer wieder skandierte die Versammlung solche Parolen, um sich selbst zu versichern, daß nun endlich die Lösung der gemeinsamen Probleme erreicht werden müsse.

Im Augenblick sind diese Türken auf sich selbst gestellt. Sogar jene Deutsche, die sich bisher gegenüber der Gastarbeiterfrage nicht unbedingt taub stellten, haben das Problem jetzt, in der Phase der Arbeitslosigkeit, verdrängt: Sie sind sich eben selbst am nächsten. Nicht einmal auf den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kann man mehr bauen: Ganz offen ist dort davon die Rede, daß ausländische Kollegen die Arbeitsplätze wegnehmen.

So kommt es, daß sich die Türken — obwohl fast alle über ihre Arbeitervereine im DGB organisiert — als Bürger zweiter Klasse empfinden. Allerdings haben sie in Düsseldorf heftig bestritten, aus ihrer Unzufriedenheit jene Konsequenzen ziehen zu wollen, die der DGB augenblicklich fürchtet: Eine Konkurrenzgewerkschaft stehe nicht zur Debatte, und es könne keine Rede davon sein, daß die DKP als Drahtzieher hinter dem Düsseldorfer Kongreß stehe — ganz zu schweigen von dem Verdacht, die türkischen Arbeiter ließen sich von dieser Partei lenken.

Es war keine verbitterte Gesellschaft, die sich da zusammengefunden hatte. Als größte Gastarbeitergruppe in Deutschland strahlen die Türken ein ungebrochenes Selbstbewußtsein aus: Sie stellen mit ihren Familien über eine Million der Bevölkerung, also 27 Prozent der Gastarbeiter. Gegenüber den Deutschen erscheinen sie als die fremdartigsten Gäste des Landes, sowohl von ihrem Aussehen wie auch von ihrer Lebensweise her. Doch gerade dieser Tatbestand und das Bewußtsein, in den Augen der Daheimgebliebenen ein Mensch erster Klasse zu sein, verleiht ihnen ihre Selbstsicherheit. Vor solchem Hintergrund ist auch jetzt die Düsseldorfer Gründung eines überregionalen Dachverbandes der türkischen Arbeitervereine zu sehen. Mit sozialen und kulturellen Aktivitäten soll dieser Verband im Gastland den Marsch aus der zweiten Klasse heraus organisieren.

Die zweitklassige Behandlung, die sich als eigentliche Ursache des Treffens wie ein roter Faden durch alle Reden zog, gipfelt für die Türken in dem deutschen Vorwurf, sie würden hierzulande nur Geld scheffeln, um möglichst rasch in ihre Heimat zurückkehren zu können. Dieser Wunsch wird von vielen Türken nicht einmal bestritten. Er erscheint um so verständlicher angesichts der Darstellung von ihrer Lebenssituation mitten unter den Deutschen.

Arzu und ihre Landsleute sehen täglich, daß sie hierzulande Arbeiten verrichten, die bei den Deutschen in Mißkredit geraten sind. Die Türken haben herausgefunden, daß man sie auf der einen Seite geringer bezahlt als die Einheimischen, daß sie auf der anderen Seite jedoch außerhalb ihres Arbeitsbereiches stärker zur Kasse gebeten werden. Sie leiden am meisten unter der ungerechten Wohnsituation: Für das Leben in abbruchreifen Häusern, ohne Bad und WC, blättern sie Wucherbeträge auf den Tisch.

Das Bestreben, sich den deutschen Lebensformen anzupassen, stößt bereits im Kindesalter auf Schwierigkeiten. Es gibt ja kaum Möglichkeiten, die Landessprache zu lernen: Nur fünf Prozent der Erwachsenen beherrschen sie, und auf die Kinder wird in den meisten Schulen wenig Rücksicht genommen, weil sie das Fortkommen der deutschen Klassenkameraden verzögern würden. Zwar entsendet die Türkei aufgrund eines Abkommens mit der Regierung der Bundesrepublik Lehrer nach Westdeutschland— jedoch zu wenige. Unterdessen müssen andere Lehrer am Fließband arbeiten, weil sie nicht die offizielle politische Denkweise vertreten.

Kein Wunder also, daß die Sprachbarriere noch lange die Verständigung zwischen Deutschen und Türken blockieren wird. Der schwierige Umgang mit den Ämtern, den deutschen Nachbarn, den Kollegen am Arbeitsplatz, den Geschäftsleuten, den Ärzten vermindert die psychische Bereitschaft, aus den Türkengettos herauszutreten. Mißverständnisse, die bei einer planvollen Integration leicht auszuräumen wären, verfestigen sich.

Zudem hat sich die Situation verschärft, seit im Jahr 1973 der Anwerbungsstopp verhängt und im November 1974 die Verordnung erlassen wurde, Arbeiter aus den EG-Staaten zu bevorzugen. Für die Familien wurde es seit der Entscheidung der Bund-Länder-Kommission vom 4. August 1974 schwieriger, sich in der Bundesrepublik zusammenzufinden, da man nur noch selten mit einer Aufenthaltserlaubnis für alle Familienmitglieder rechnen konnte. So nahm die illegale Einwanderung zu und damit natürlich auch die Verzweiflung derjenigen, die gegenüber den Arbeitgebern und Behörden rechtlos sind.

In Düsseldorf wollen nun erst einmal jene Türken, die völlig rechtens meist schon länger als fünf Jahre in der Bundesrepublik leben, mit ihren ökonomischen, juristischen, sozialen Rechten und Sicherheiten gegenüber den Inländern gleichziehen — auch für den Fall von Krisenzeiten. Um mitbestimmen und ihre Anliegen durchsetzen zu können, fordern sie in den Ländern und Kommunen das aktive und passive Wahlrecht, ohne deshalb — wie sie sagen — eine politische Vereinigung ins Leben rufen zu wollen.

Die tieferen Ursachen für die Schwierigkeiten des Zusammenlebens zwischen Türken und Deutschen kamen jedoch schlagartig am Samstagabend zum Vorschein. Da verwandelte sich die ernsthafte Funktionärsszene, die bisher nur von den üblichen Beifallsäußerungen und Schlachtrufen aufgelockert war, ur-



Die Sorgen der Väter: Türkische Arbeiter diskutieren auf der Düsseldorfer Tagung ihre Kinderprobleme. "Christ u. Welt" 4.3.1977 *Foto: Henning Christoph*

plötzlich in eine turbulente folkloristische Aktionsbühne.

In buntem Wechsel lösten Volkstänze, Volkslieder, Bänkelgesang und Arbeiterchöre einander ab. Ein Straßentheater aus Frankfurt schilderte den Weg eines türkischen Arbeiters aus der Heimat ins westdeutsche Arbeitsparadies. Ohne von einem Tropfen Alkohol animiert zu sein, bewegten sich Hunderte von Menschen auf engstem Raum im Rhythmus der heimatlichen Weisen. Man spürte den ungeheuren Abstand zwischen der deutschen Mentalität und dieser ursprünglichen Fähigkeit, spontan miteinander zu kommunizieren, sich über die nichtigsten Anlässe zu freuen und unverstellte Herzlichkeit zu zeigen.

Beflügelt von Gemeinsamkeit, endete der Kongreß knapp und schlüssig. Eine Satzung wurde angenommen: Es gibt also jetzt eine „Föderation der Arbeitervereine in der Bundesrepublik", die einen 15köpfigen Vorstand gewählt hat. Für den Start sind zur Überbrückung finanzieller Schwierigkeiten die ersten Spenden gesammelt worden. Man hat beschlossen, die republikanische Volkspartei unter Ecevits Führung bei den diesjährigen Parlamentswahlen zu unterstützen. Beim Schlußwort muß sich der erste Vorsitzende Rezep Genç, dafür entschuldigen, daß er den Faden verliert. Die Begeisterung über den Erfolg des Kongresses verschlägt ihm die Stimme.

Unterdessen weicht ein älteres Ehepaar in einem Café draußen vor der Mensa indigniert der Übermacht Kaffee trinkender Türken: „Man kann ja kaum noch irgendwo hingehen. Überall trifft man auf diese Gastarbeiter!"

WZ, 28.2.1977

Türken fordern mehr Rechte

Von Herdis Lüke

Düsseldorf. Um auf ihre „unvorstellbar schwierigen Lebensverhältnisse" in der Bundesrepublik aufmerksam zu machen, trafen sich am Wochenende erstmalig rund 600 türkische Arbeitnehmer zu einem „Türkischen Arbeiterkongreß". Die Delegierten der etwa 107 türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik diskutierten und berieten über ein Aktionsprogramm, um künftig gemeinsam für ihre Forderungen einzutreten. Außerdem gründeten sie einen eigenen Dachverband.

In der Bundesrepublik leben gegenwärtig 530 000 Türken; mit ihren Familien sind es etwa eine Million. Die Delegierten forderten in einem verabschiedeten Programm

▷ — das Recht ausländischer Arbeiter auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten,

▷ — das Recht jedes Einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik selbst zu bestimmen,

▷ — legale Aufenthaltserlaubnis für illegal angeworbene ausländische Arbeiter — etwa 100000 — empfindliche Strafen für Anwerber, Vermittler und Unternehmer illegaler Anwerbung,

▷ — ungehinderte politische und gewerkschaftliche Betätigung der ausländischen Arbeitnehmer.

Ferner hat sich der Dachverband zum Ziel gesetzt, die kulturellen Interessen ihrer Arbeiter zu vertreten und ihr kulturelles Erbe zu erhalten.

Mit Entschiedenheit wiesen die Organisatoren des Kongresses die Behauptung des DGB zurück, der Kongreß sei kommunistisch gestimmt. Der DGB hatte seine Teilnahme am Kongreß abgelehnt.

NRZ — Montag, 28. Februar 1977, Nummer 49

Türkische Arbeiter tagten in Düsseldorf

NRZ-Nachrichtendienst

Düsseldorf. Türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wollen künftig ein gemeinsames Sprachrohr haben. Auf dem ersten „Türkischen Arbeiterkongreß" beschlossen 107 türkische Arbeitervereine am Sonntag in Düsseldorf, einen Dachverband zu gründen.

Mit Nachdruck wiesen die Veranstalter Behauptungen zurück, der Kongreß sei kommunistisch bestimmt. Dagegen erklärte der DGB, drei der einladenden Organisationen seien kommunistisch. Der DGB hatte deshalb eine Beteiligung abgelehnt.

Die 530 Delegierten forderten in einem verabschiedeten Programm:

- das Recht ausländischer Arbeiter auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten,
- das Recht jedes einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und eines Aufenthaltes in der Bundesrepublik selbst zu bestimmen,
- legale Aufenthaltserlaubnisse für illegal angeworbene ausländische Arbeiter. Empfindliche Strafen für Anwerber, Vermittler und Unternehmer illegaler Anwerbung,
- ungehinderte gewerkschaftliche Betätigung auch der ausländischen Arbeiter.

„Arbeiterkongreß" fand in Düsseldorf statt

Türken reisten aus vielen Ländern an

Rheinische Post 28.2.1977

DGB blieb fern / Kritik am Ausländergesetz

Von unserem Redaktionsmitglied Erich Scheffler

„Für Gewährung des Menschenrechts auf Gleichberechtigung vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung" prangte es in Deutsch und Türkisch auf dem Transparent in der Alten Mensa an der Virchowstraße. Am Samstag und Sonntag führten hier 530 Delegierte 107 türkischen Arbeitervereinen aus der ganzen Bundesrepublik, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Schweiz und Österreich ihren I. Türkischen Arbeiterkongreß durch.

Um diese Forderungen durchzusetzen, beschlossen sie, eine Föderation aller türkischen Arbeitervereine zu gründen. Unter den Gästen war der türkische Staatsrechtler Prof. Dr. Ugur Alacakaptan von der Republikanischen Partei, dessen Parteichef Bülent Ecevit über ein Tonband Grußworte zu den Delegierten sprach, und Mehmet Karaca, Generalsekretär der Progressiven Gewerkschaft. Der Weltgewerkschaftsbund war mit Karl-Heinz Bleich vertreten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hingegen hatte keinen Vertreter geschickt, der DGB distanzierte sich von diesem Kongreß.

Die Türken wiesen auf die schlechte soziale Lage der Gastarbeiter in der Bundesrepublik hin, bemängelten, daß ihre Kinder zum großen Teil die Hauptschule ohne Abschluß verlassen müßten und stellten heraus, daß auf tausend türkische Kinder nur ein türkischer Lehrer komme. Pressesprecher Dikme vor den Delegierten: „Der Zentralverband wird Vorschläge ausarbeiten, wie das deutsche Ausländergesetz so geändert werden kann, daß es von den Türken nicht als diskriminierend angesehen wird. Wir wollen mit unserem Dachverband nicht gegen die deutschen Gewerkschaften, sondern mit ihnen arbeiten."

Am Sonntag kündigte die Bürgermeisterin von Hilden, Dr. Ellen Wiederhold, unter dem Beifall der türkischen Delegierten an, daß sie, zusammen mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Türkei in der Bundesrepublik in Kürze eine „Deutsch-Türkische Sozietät für Kultur, Sozialpolitik und Wirtschaft" gründen werde, die sich bundesweit ausdehnen solle. Dr. Wiederhold forderte die türkischen Arbeitervereine und ihren Zentralverband auf, Mitglied dieser Gesellschaft zu werden.

Zur Rheinischen Post sagte Ellen Wiederhold: „Die Gesellschaft soll eine Brücke zwischen dem deutschen und dem türkischen Volk werden. Wir werden uns um die kulturellen und sozialen Belange der Türken in der Bundesrepublik genau so intensiv kümmern wie wir überlegen werden, wie Deutsche und Türken gemeinsam in der Türkei Unternehmen und Betriebe auf der Grundlage der Kooperation aufbauen können. Damit helfen wir nicht nur der Türkei, sondern schließlich uns selbst."

Türkische Arbeiter fordern volle Gleichstellung

UZ, 28.2.1977

DKP: „Wer euch diskriminiert, tastet damit Rechte aller Arbeiter an"

Düsseldorf. UZ — Endlich Schluß zu machen mit der Diskriminierung der 530 000 in der Bundesrepublik lebenden türkischen Arbeiter und ihrer Familien forderten am Wochenende über 900 Delegierte und Gäste von 106 regionalen türkischen Arbeitervereinigungen auf dem türkischen Arbeiterkongreß in Düsseldorf. Sie verlangten die volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung. Der Kongreß stand unter den Losungen „Für Gewährung des Rechts auf Familienzusammenführung — auf soziale Sicherung und Gleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter und bei Notfällen — auf Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung".

„Die unvorstellbar schwierigen Verhältnisse, unter denen wir leben" stellte der Sprecher des Organisationskomitees, Haydar Dikme, in seinem Einleitungsreferat dar. Danach wird türkischen Arbeitern die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung verweigert, obwohl sie Sozialbeiträge leisten und Steuern in Milliardenhöhe entrichten. Über 800 000 Ausländern, die seit mindestens zehn Jahren in der Bundesrepublik weilen, versagten die Behörden die Aufenthaltsberechtigung.

Rund 20 Städte in Ballungsgebieten verhängten über ausländische Arbeiter eine Zuzugssperre. Die Annahme von Sozialhilfe ist ein Ausweisungsgrund. Für 250 000 türkische Kinder stehen nur 250 Lehrer zur Verfügung. Türkische Familien müssen 40 Prozent mehr Miete als die einheimische Bevölkerung entrichten.

Sprecher in der Diskussion erhärteten in vielen Beispielen die Verletzung der Grund- und Menschenrechte von ausländischen Arbeitern.

Dem Organisationskomitee waren zahlreiche Grußbotschaften von Politikern, gewerkschaftlichen Grundorganisationen und Verbänden zugegangen. In einer Grußbotschaft des DKP-Parteivorstandes, unterzeichnet von Herbert Mies, wurde unterstrichen: „Wer euch diskriminiert und unter Druck setzt, tastet damit die Rechte aller Arbeiter an."

Sonntag, 27. Februar 1977

Türken in Deutschland

Wir wollen nicht Bürger 2. Klasse sein



Heydar Dikme (Mitte) auf dem Türkenkongreß Foto: B. Neubauer

Von MANFRED VON DER MILWE

Ein Christdemokrat aus Köln lieferte den 700 Delegierten auf dem ersten türkischen Arbeiterkongreß am Samstag in Düsseldorf Argumentationshilfe:

● **Die Ausländer zahlen Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung wie die deutschen Arbeitnehmer. Sie haben damit ein gleiches Recht auf staatliche Leistung erworben.**

● **Ohne ausländische Arbeitnehmer wäre die kritische Lage der Sozialversicherung, in der sie sich heute befindet, noch schwerwiegender.**

● **So bedeutet der Rückgang von 600 000 Ausländern in der Rentenversicherung einen Beitragsausfall von zwei Milliarden DM. Ein Betrag, der angesichts der drohenden Entwicklung der Rentenfinanzierung dringend benötigt wird.**

Diese Passagen aus einem Artikel des CDU-Abgeordneten Hans Katzer zitierte der Hauptredner und Mitorganisator des Kongresses, Haydar Dikme. Er beklagte „das immer stärker zu Tage tretende Vorurteil, daß wir es sind, die den Deutschen die Jobs wegnehmen".

„Vor schlecht bezahlter Arbeit drücken sich die Deutschen doch. Wer ist denn hier Tellerabwäscher, Müllmann, Bauhilfsarbeiter oder Putzhilfe? Das sind doch unsere Männer und Frauen. Deutsche sind lieber arbeitslos, als daß sie solche Jobs annehmen. Aber wie können sie dann sagen, daß wir ihnen die Arbeit stehlen?"

Die 1,1 Millionen Türken in Deutschland forderte Dikme „zu mehr Solidarität untereinander" auf, „um unsere berechtigten Anliegen zu verwirklichen":

Kein Wahlrecht in der Heimat

● Soziale, rechtliche und politische Gleichstellung mit den eindeutig bevorzugten Ausländern aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

● Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung für die eigenen Belange.

Ein weiteres Ziel des Kongresses: die Gründung einer Dachorganisation, die die Interessen der stärksten Ausländergruppe in der Bundesrepublik vertritt. Dikme: „Dabei erwarten wir besonders die Unterstützung unserer Landsleute, die Gewerkschafts- oder SPD-Mitglieder sind."

Auch vor der eigenen Haustür kehrte er: „Wir werden von unserer eigenen Regierung in Ankara benachteiligt." Seine Kritik:

● **Weil wir im Ausland leben, haben wir kein Wahlrecht.**

● Prüfungen an ausländischen Universitäten werden in der Türkei nicht anerkannt.

● **Viele Zollbeamte sind korrupt. Bei Besuchen in der Heimat werden unsere Landsleute häufig durchsucht und bestohlen. Sie hören oft: Wenn du soundsoviel Mark bezahlst, kannst du passieren.**

● Wenn wir Geld in die Heimat schicken, dauert es mitunter Wochen, bis unsere Familien den bitter benötigten Betrag auch erhalten.

EXPRESS

Kölner ohne Job: Schuld der Türken?

Gespräch mit Ford-Personalchef

45 000 Türken leben in Köln. Allein 11 000 arbeiten bei Ford.

Nehmen sie Deutschen Arbeitsplätze weg? fragten wir Personalchef Horst Bergemann. Seine Antwort:

„Nein, wir würden gern mehr Deutsche einstellen, wenn wir welche bekommen könnten."

Horst Bergemann

EXPRESS: Um welche Personengruppe handelt es sich da?

Bergemann: Ausschließlich um ungelernte Arbeitskräfte für die Produktion.

EXPRESS: Kann es sein, daß Ford die Ausländer — und hier speziell die Türken — vorzieht, weil sie billiger sind als Deutsche?

Bergemann: Nein, wir haben bei Ford das Prinzip der absoluten Gleichbehandlung.

EXPRESS: Die Ausländer sind vorwiegend in niedrigen Lohngruppen beschäftigt?

Bergemann: Ja.

EXPRESS: Und in diesen Lohngruppen arbeiten Deutsche mit Ausländern nicht gern zusammen?

Bergemann: Es ist nicht beweisbar, aber ich glaube, da ist eine psychologische Barriere vorhanden.

EXPRESS: Weil die Deutschen in der Minderheit sind?

Bergemann: Auch das mag ein Grund sein.

Dienstag, 1. März 1977

Vor allem fehlen die Sprachkenntnisse

Kongreß türkischer Arbeiter / Viele neue Organisationen gegründet

Frankfurter Allgemeine Zeitung

KLU. DÜSSELDORF, 28. Februar. Ein „Türkischer Arbeiterkongreß" in der alten Mensa der Düsseldorfer Universitätsklinik bot ein für „Gastarbeitertreffen" ungewohntes Bild. Erstmalig wohl in der zwanzigjährigen Geschichte der Gastarbeiter in der Bundesrepublik lag das Management in der Hand der Ausländer. Vertreter der deutschen Betreuungsorganisationen waren Einzelgänger; sie trugen Namensschilder mit der Aufschrift „Gast". Auf einige hundert Delegierte aus Arbeitervereinen von Schleswig-Holstein bis Bayern hatte man gehofft. Etwa achthundert Personen füllten schon vor dem Beginn die Stuhlreihen: eine Männergesellschaft mit wenigen Frauen und Kindern, unter ihnen auch Delegierte aus türkischen Frauenvereinigungen. Für Hunderte, die zu spät kamen, gab es keinen Platz. Vor allem Busse aus dem Süden hatten Düsseldorf wegen der wieder winterlich gewordenen Straßen nicht rechtzeitig erreicht.

Initiatoren des Treffens am Rhein waren sechs Arbeitervereine aus Städten des Ruhrgebiets. Sie brachten einige der Teilnehmer in Hotels und Jugendherbergen unter, die überraschend vielen anderen fanden Unterkunft in der nahen Gastarbeiterheimat Ruhrgebiet in provisorischen Schlafstellen. Das Ziel des Kongresses, die Gründung örtlicher Arbeitervereine, erfüllte sich offenbar schon mit der Einladung nach Düsseldorf: mehr als hundert Organisationen konnten registriert werden. Ein „sozial-kultureller Dachverband" für diese Vereine soll helfen, daß die türkischen Arbeiter ihre deutsche Umgebung besser verstehen lernen, soll die Türken aber auch befähigen, ihre Lebensweise den Deutschen besser verständlich zu machen.

Barrieren auf dem Weg zu solchen Zielen, so sagte es Haydar Dikmen vom Organisationskomitee, sind vor allem immer noch Sprachbarrieren. Er fügte hinzu, die unsichere Rechtslage für Ausländer aus Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft zwinge diese Personen zu Tätigkeiten in den untersten Lohngruppen bei gefährlicherer und schmutzigerer Arbeit. Es müsse auch immer schneller gearbeitet werden, meinte er. Und die Angst vor einem Abschieben sei groß. 530 000 der etwa zwei Millionen ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik seien Türken; nicht einmal fünf Prozent von ihnen könnten sich in der deutschen Sprache verständigen. Unter den 706 000 ausländischen Arbeiterinnen in deutschen Betrieben gebe es 13 000 Türkinnen, und siebzig Prozent von ihnen seien Analphabetinnen.

Dikmen berichtete weiter, daß in der Bundesrepublik 350 000 türkische Kinder leben. Jetzt mache man, sagte er, in den meisten Schulen aus den sogenannten Vorbereitungsklassen (für die deutsche Schule) mehrjährige Nationalklassen mit einem fast ausschließlich muttersprachlichen Unterricht. Weil die türkischen Lehrer in die deutschen Schulen nicht voll integriert seien, gerieten diese „nationalen Klassen" immer mehr unter den Einfluß faschistischer türkischer Kreise.

Der Sprecher forderte das Recht der Ausländer „auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherheit, auch in Krisenzeiten". Illegal angeworbenen Arbeitern sollte, meinte er, die Aufenthaltserlaubnis gegeben, Anwerber und Vermittler jedoch sollten empfindlich bestraft werden. Die Zahl der „Illegalen" werde in der Bundesrepublik auf 100 000 geschätzt, in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft seien es insgesamt 600 000. Gefordert wurden das aktive und das passive Wahlrecht für ausländische Arbeiter in den Kommunen und den Ländern, verlangt wurde unter Berufung auf die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine ungehinderte Familienzusammenführung.

Der Einheitsverband der türkischen Arbeitervereine will unparteiisch bleiben. Er wolle weder Gewerkschaft noch Gewerkschaftsersatz sein, wurde gesagt. Die meisten der in den Arbeitervereinen organisierten Türken gehören den beiden Auslandsorganisationen des türkischen Gewerkschaftsbundes (DISK) an und stehen der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) unter Ecivit nahe, war zu erfahren. Bundeskanzler Schmdit wünschte dem Kongreß in einem Telegramm einen „erfolgreichen Verlauf". Die CDU-Bundesgeschäftsstelle telegrafierte Grüße und entsandte einen Vertreter. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte seinen Mitgliedsverbänden die Teilnahme an dem Treffen freigestellt, entsandte aber keinen Vertreter, so daß der Platz einem Sprecher des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes überlassen blieb. Das Verlesen von Grußtelegrammen aus der bunten politischen Landschaft Europas wurde zu einer fast endlosen Zeremonie, die den mit solchen Elogen sonst karg bedachten Türken indes sichtlich gefiel.

Die WAHRHEIT
24. Februar 1977

Misere für Ausländer besonders bedrückend

Bonn. Die Lage ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik ist „unerträglich geworden". Das betonte ein Sprecher des Organisationskomitees „Türkischer Arbeiterkongreß", Haydar Dikme.

Besonders die Situation der türkischen Werktätigen sowie die ihrer Familienangehörigen ist gegenwärtig unhaltbar. Sie stellen mit über einer Million Menschen 27 Prozent und damit die größte Gruppe der ausländischen Arbeiter dar.

Besonders bedrückend ist nach den Worten des Redners die Schulsituation der türkischen Kinder. So kommen auf rund 250 000 türkische Kinder nur 250 Lehrer. „Über 80 Prozent unserer Kinder müssen ohne Abschluß die Hauptschule verlassen. Über 95 Prozent unserer Männer, über 97 Prozent unserer Frauen haben überhaupt keine Möglichkeit, sich beruflich fort- und weiterzubilden. Gerade durch unsere rechtliche und politische Stellung bleiben uns Ausbildungsmöglichkeiten verwehrt. Unsere Kinder werden nicht in das Schulsystem einbezogen", unterstrich der Sprecher.

Montag, 7. Februar 1977
Stuttgarter Zeitung

Türken wollen auf ihre Probleme hinweisen

ESSEN (dpa). Die Türken in der Bundesrepublik wollen jetzt auf ihre „unvorstellbar schwierige soziale Lage" aufmerksam machen und die deutsche Öffentlichkeit zur Hilfe aufrufen. Das soll am 26. und 27. Februar auf einem „türkischen Arbeiterkongreß" in Düsseldorf geschehen, zu dem ein in Essen gebildetes Organisationskomitee aus 40 regionalen und örtlichen Gastarbeitergruppen, darunter Betriebsräte und Sozialarbeiter, eingeladen hat. Die 530 000 Türken in der Bundesrepublik stellen mit 27 Prozent den größten Anteil an den ausländischen Arbeitnehmern. Zusammen mit den Familienangehörigen leben schätzungsweise rund eine Million Türken in der Bundesrepublik. In einem Situationsbericht schilderte das Organisationskomitee, daß die Türken durchschnittlich 40 Prozent mehr Wohnungsmiete als die einheimische Bevölkerung zahlen müßten. Sie hätten fast keine Chance, den Arbeitsplatz zu wechseln, da alle freien Stellen bevorzugt mit Gastarbeitern aus EG-Ländern besetzt würden. Darum seien heute fast 100 000 Türken „Illegale" ohne Rechte, die „in den Händen der Unternehmer zum Sklavendasein verurteilt" würden. Besonders katastrophal, so diese Darstellung, sei die Situation der 250 000 türkischen Kinder, für die es nur 250 Lehrer aus ihrer Heimat gebe, also einen auf jeweils 1000 Schüler.

„Unsere Lage ist unerträglich . . .“

Nr. 9 / 3. März 1977

Türkischer Arbeiterkongreß gründet Einheitsverband für die Bundesrepublik

Deutsche Volkszeitung

Die massive Verletzung der Grund- und Menschenrechte von ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik klagte der türkische Arbeiterkongreß an, der am 26./27. Februar in Düsseldorf stattfand. Über 900 Delegierte und Gäste von 106 regionalen türkischen Arbeitervereinen aus der Bundesrepublik forderten, mit der Diskriminierung der ausländischen Arbeiter sowie ihrer Familien endlich Schluß zu machen und ihnen die volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung zu gewähren. Die Arbeitervereine gründeten eine Dachorganisation, um für die Belange der türkischen Volksgruppe in der BRD mit anderen in- und ausländischen Interessenvertretungen zu kämpfen.

Der Kongreß in der alten Mensa der Düsseldorfer Universität stand unter den Losungen „Für Gewährung des Menschenrechts auf Familienzusammenführung — auf soziale Sicherung und Gleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter und bei Notfällenn — auf Freizügigkeit innerhalb der BRD — auf Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung".

Als Gäste des Kongresses wurden unter anderen der Generalsekretär des progressiven Türkischen Gewerkschaftsbundes DISK, Mehmet Karacan, sowie der Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes, Karl-Heinz Bleich, und Senator Ugur Alacakaptan, Vorstandsmitglied der Türkischen Republikanischen Volkspartei, begrüßt. Zu einem Tribunal gestaltete sich der Arbeiterkongreß, als der Sprecher des Organisationskomitees, Haydar Dikme, in seinem Einleitungsreferat „die unvorstellbar schwierigen Verhältnisse, unter denen wir leben", anklagte.

Obwohl die türkischen Arbeiter mit ihren Familien Sozialbeiträge leisten wie ihre deutschen Kollegen und Steuern in Milliardenhöhe entrichten, werde ihnen jedoch die soziale, rechtliche und politische Gleichstellung verweigert. Die Behörden versagten über 800 000 Ausländern, die seit mindestens zehn Jahren in der BRD weilen, die Aufenthaltsberechtigung. Die Annahme von Sozialhilfe sei ein Ausweisungsgrund. Oftmals werde Arbeitslosenhilfe verweigert, was zu einem Fortfall des Krankenversicherungschutzes führe. Türkische Familien müssen 40 Prozent mehr Miete als die einheimische Bevölkerung für ihre Wohnung entrichten, die eine durchschnittliche Größe von 38 Quadratmetern habe.

Die Sprecher der einzelnen Arbeitervereine erhärteten in der Diskussion mit konkreten Beispielen die flagrante Verletzung der Menschenwürde und bestätigten Haydar Dikme in der Feststellung: „Unsere rechtliche, soziale und politische Lage ist unerträglich geworden."

Diese Mißstände zu ändern ist Ziel der Föderation der türkischen Arbeitervereine, die auf dem Kongreß gegründet wurde. Der Einheitsverband soll insbesondere Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen in der Bevölkerung der BRD und umgekehrt wecken. Er will kein Gewerkschaftsersatz sein und keine gewerkschaftliche Tätigkeit ausüben, aber parteilich — und nicht parteigebunden — im Interesse der türkischen Arbeiter agieren. Zu diesem Zweck will der Verband Kontakte und Solidarität mit allen gewerkschaftsorientierten Verbänden in der Bundesrepublik pflegen. Gemeinsam mit ihnen wird er an die Regierungen und Behörden herantreten, um die soziale, rechtliche und politische Lage der türkischen Arbeiter und ihrer Familien zu verbessern.

Der Einheitsverband anerkennt ausdrücklich in seiner Satzung den Deutschen Gewerkschaftsbund als ökonomische, soziale und berufliche Interessenvertretung aller Lohnabhängigen — auch der ausländischen Arbeiter.



Die Vertreter von 106 regionalen türkischen Arbeitervereinen kamen am 26./27. Februar in Düsseldorf zusammen, um mit der Gründung eines neuen Dachverbandes die volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der 530 000 in der BRD lebenden türkischen Arbeiter durchzusetzen. Sie riefen die türkischen Kollegen auf, für die Realisierung der in der Schlußakte von Helsinki und in der UNO-Menschenrechtscharta festgelegten Prinzipien durch Aktionen an der Seite aller ausländischen Arbeiter und mit den deutschen Kollegen in den DGB-Gewerkschaften zu kämpfen.

Türkische Arbeitervereine gründeten Verband

Gemeinsames Sprachrohr in der Bundesrepublik – Keine Kommunisten – Recht auf Arbeit

DÜSSELDORF (dpa)

Türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wollen künftig ein gemeinsames Sprachrohr haben. Auf dem ersten „Türkischen Arbeiterkongreß“ beschlossen 107 türkische Arbeitervereine am Sonntag in Düsseldorf, einen Dachverband zu gründen.

Mit Nachdruck wiesen die Veranstalter Behauptungen zurück, der Kongreß sei kommunistisch bestimmt, während der DGB erklärte, drei der einladenden Organisationen seien kommunistisch. Er hatte eine Beteiligung an dem Kongreß abgelehnt. DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab fügte jedoch hinzu, es sei nicht festzustellen, ob die kommunistischen Vereine die bestimmenden seien.

Die 530 Delegierten forderten in einem verabschiedeten Programm:

● das Recht ausländischer Arbeiter auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten,

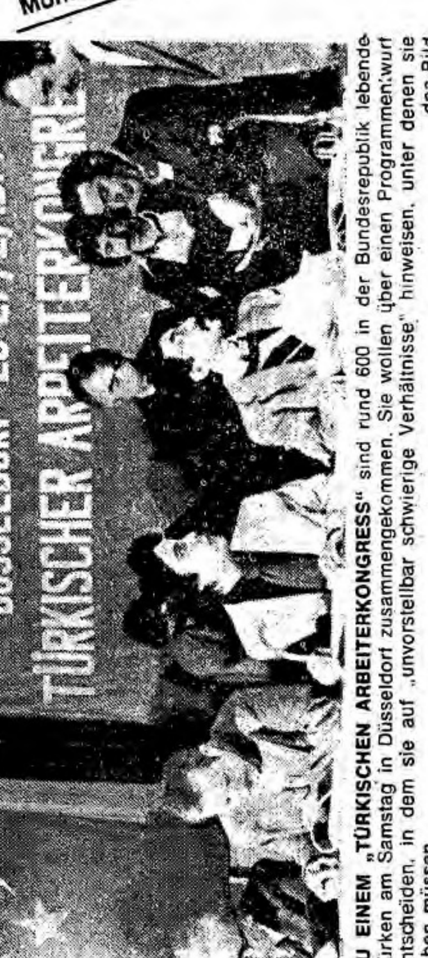
● das Recht jedes einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik selbst zu bestimmen,

● legale Aufenthaltserlaubnisse für illegal angeworbene ausländische Arbeiter. Empfindliche Strafen für Anwerber, Vermittler und Unternehmer illegaler Anwerbung,

● ungehinderte politische und gewerkschaftliche Betätigung auch der ausländischen Arbeiter.

Vertreter der Türken berichteten nach dem meist in türkischer Sprache geführten Kongreß weiter, es hätten fast alle Arbeitervereine teilgenommen. Beobachter der Polizei meinten dagegen, es gebe mehrere hundert türkische Arbeitervereine in der Bundesrepublik.

Montag, 28. Februar 1977 **WAZ**



ZU EINEM „TÜRKISCHEN ARBEITERKONGRESS“ sind rund 600 in der Bundesrepublik lebende Türken am Samstag in Düsseldorf zusammengekommen. Sie wollen über einen Programmentwurf entscheiden, in dem sie auf „unvorstellbar schwierige Verhältnisse“ hinweisen, unter denen sie leben müssen. dpa-Bild

Türkische Arbeitervereine gründen Einheitsverband

DIE WAHRHEIT 5./6. März 1977

Forderungskatalog zur Realisierung der Menschenrechte

Der türkische Arbeiterkongreß beschloß am vorigen Wochenende in Düsseldorf mit überwältigender Mehrheit die Gründung eines Einheitsverbandes. Die Delegierten aus 106 von insgesamt 107 türkischen Arbeitervereinen – eine regionale Gruppe hatte ihre Teilnahme nachgemeldet – sprachen sich für die Gründung der Dachorganisation aus.

Ziel der Föderation der türkischen Arbeitervereine ist es, für die Belange der türkischen Volksgruppe Schulter an Schulter mit anderen in- und ausländischen Interessenvertretungen zu kämpfen. Der Einheitsverband soll insbesondere Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen bei der Bevölkerung der BRD und umgekehrt wecken. Er will kein Gewerkschaftsersatz sein und keine gewerkschaftliche Tätigkeit ausüben, aber parteilich – und nicht parteigebunden – im Interesse der türkischen Arbeiter agieren. Zu diesem Zweck will der Einheitsverband Kontakte und Solidarität mit allen gewerkschaftsorientierten Verbänden pflegen.

Der Einheitsverband erkennt ausdrücklich in seiner Satzung den DGB als ökonomische, soziale und berufliche Interessenvertretung aller Lohnabhängigen an – auch die der ausländischen Arbeiter.

Als Konsequenz der vom Kongreß angeklagten Diskriminierung der türkischen Arbeiter verabschiedeten die Delegierten einmütig einen Forderungskatalog gegen Benachteiligung und für Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte. Insbesondere verlangen die türkischen Arbeiter die soziale, juristische und politische Gleichstellung. Kernpunkte des Programms sind:

● Das Recht ausländischer Arbeiter auf Recht, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten.

● Das Recht jedes einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und seines Aufenthaltes in der BRD bzw. in Westberlin selbst zu bestimmen.

● Das Recht auf ungehinderte politische und gewerkschaftliche Betätigung der ausländischen Arbeiter.

● Das Recht der illegal von Menschenhändlern angeworbenen Arbeiter, durch Erteilung einer Erlaubnis ihren Aufenthalt zu legalisieren; Anwerber, Vermittler und Unternehmer, die illegale Anwerbung betreiben, sollen empfindlich bestraft werden.

● Das Recht auf Teilnahme an Gemeinde- und Landtagswahlen.

● Das Recht auf gleiche schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung.

Stürmischen Beifall erntete ein Sprecher der spanischen Arbeiter in der BRD, als er dazu aufforderte, die in der Schlußakte von Helsinki festgelegten „Rechte der ausländischen Arbeiter in Europa“ in die Tat umzusetzen. Er erinnerte an die Worte von Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß sonst alle Regierungen „unglaubwürdig“ würden und rief aus: „Unsere Stimme muß in Belgrad bei der Nachfolgekonferenz auch gehört werden. Wir müssen miteinander kämpfen. Gemeinsam sind die Arbeiter der BRD und die aus anderen europäischen Ländern stark. Gemeinsam werden wir siegen. Venceremos!“

Beschluß Nr.2 des Kongresses

Satzung der FIDEF

Auszug

§ 2 Zweck der Föderation

Die Föderation ist die Massenorganisation der Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin. Sie vereinigt die Arbeitervereine, koordiniert ihre Tätigkeiten, festigt die Einheit und Solidarität unter ihnen. Die Föderation setzt sich ein für die Lösung der sozialen, kulturellen, gesundheitlichen Probleme und Wohnprobleme der Arbeiter aus der Türkei und Arbeiterfamilien, für die Lösung der beruflichen Fort- und Weiterbildung, für die Lösung der schulischen Probleme der türkischen Kinder und dergleichen und gegen ihre Diskriminierung und Benachteiligung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie verteidigt die Verwirklichung der Rechte, die in der Menschenrechtskonvention, in verschiedenen internationalen Abkommen sowie in dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, auch für die ausländischen Arbeiter, verankert sind. Sie bemüht sich um die Erweiterung und Festigung der Bindungen zwischen den Einheimischen und ausländischen Arbeitern und solidarisiert sich mit den demokratischen Kräften in der Türkei.

Die Föderation erkennt den Deutschen Gewerkschaftsbund /DGB- und die in ihm vereinigten Gewerkschaften als ökonomische, soziale und berufliche Interessenvertretung aller Werktätigen, auch der ausländischen Arbeiter, an. In diesem Sinne unterstützt die Föderation die Organisierung der Arbeiter aus der Türkei in DGB-Gewerkschaften und wendet sich gegen jede gewerkschaftsfeindliche Strömung und Tätigkeit.

INHALT

Seite

I m p r e s s u m

Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF): Recep Genc

Für den Inhalt verantwortlich: Ercüment Toker

Redaktion: Postfach 32o3o4, 4ooo Düsseldorf 3o, Tel. o211/664284

Bankverbindungen: FIDEF Postscheckamt Essen Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf 1 555 823 4oo

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement DM 12,--